

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 M., bei Selbstabholung 1.25 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 M., für 1 Monat 1.85 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.85 M. Postkontonr. 58 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18 000.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 85 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 6.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Postkontonr. 58 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Kämpfe am Kessel.

Vaterlandslose Gesellen.

Das Organ der Leipziger Alldeutschen vermag sich vor Freude über den Ausgang der Zwickauer Reichstagswahl nicht zu lassen. Es wendet gestern schon den zweiten Leitartikel daran, nachzuweisen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie nun wirklich mausetot ist. Wir verzichten auf den unnützen Versuch, die Kurzsichtigkeit dieses Blattes, das nicht sehen will, was es nicht sehen mag, zu korrigieren. Wir wollen es nur leise an ähnliche Triumphartikel erinnern, die es bei andern Gelegenheiten verbroschen hat, als es die Sozialdemokratie gründlich niedergelassen glaubte. Vielleicht erinnert man sich am Peterssteinweg heute doch noch ein wenig des grauen Käsenjammers, der nach solchen Freudenräuschen eingetreten ist.

Wir müssen uns indes mit diesem Artikel ein wenig befassen, weil er typisch ist für die alldeutsche Kampfesweise gegen unsre Partei. Die Leipziger Neuesten Nachrichten wagen es, unsern letzten Aufruf an die Arbeiter des 18. Wahlkreises ein „Dokument von unsrer Zeiten Schande“ zu nennen, die Verweigerung der Kriegskredite als „Verrat am Vaterland“ und unsre Partei als die der „vaterlandslosen Gesellen“ zu bezeichnen. Wir lehnen es natürlichstweise ab, uns mit dem Blatte vom Peterssteinweg über den Begriff „Vaterlandslose“ auseinanderzusetzen, geben aber gern zu, daß wir mit jener Art sogenannter Vaterlandslose, wie sie von den Eroberungspolitikern gepredigt und praktiziert wird, nichts zu tun haben. Wir sind und bleiben internationale Sozialdemokraten auch in der Kriegszeit. Wir wissen aber, daß wir dadurch den wahren Interessen des deutschen Volkes weit besser dienen, als jene, die das deutsche Volk zum bestgehenden in der ganzen Welt machen wollen. Die Anwürfe des alldeutschen Organs erreichen uns daher gar nicht, von ihm vaterlandslose Gesellen genannt zu werden, sieht uns keinen Augenblick an.

Nicht ganz so gleichgültig können wir aber an der weiteren frechen Behauptung des Blattes vorbeigehen, daß es deutsche Niederlagen seien, monach der Unabhängigen Seele heimlich dürste, daß wir nichts so sehr fürchten, wie daß das Deutschland nach diesem Kriege sich erstarke und in seiner Zukunft sicher dastehen könnte, und daß wir, wenn die Not uns zum Beten treibe, scharf um den Endsieg der Entente seien. Wir erlauben uns, diese Bejähigungen als das zu bezeichnen, was sie sind, als unverschämte Verleumdungen. Die unabhängige Sozialdemokratie hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß ihr Ziel der demokratische Verständigungsfriede ist, der Friede ohne Annexionen und Kriegsentwürfungen. Jeder gewissenhafte Mensch und jeder ehrliche Politiker wird deshalb anerkennen müssen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie den Sieg der Entente nicht wünschen kann und darf. Sie weiß, daß die Bewirklichung ihrer Ziele mit militärischen Ereignissen nichts zu tun hat.

Das deutsch-österreichische Bündnis.

Die Zusammenkunft der Monarchen von Deutschland und Österreich im deutschen Großen Hauptquartier hat der Besprechung von Abmachungen gegolten, die die Orientierung der deutschen und österreichisch-ungarischen Politik der Zukunft entscheidend beeinflussen sollen. Zwischen den Regierungen Deutschlands und Österreichs ist ein deutsch-österreichischer Bündnisvertrag beraten worden, der bereits vor dem Abschluß stehen soll. Dieser Vertrag soll die staatlichen Geschäfte Deutschlands und Österreichs so fest verknüpfen, daß nach außen beide Staaten fast als Einheit erscheinen werden. Politisch, militärisch, wirtschaftlich sollen beide Staaten Hand in Hand arbeiten.

Politisch soll der neue Vertrag Ausbau und Vertiefung des alten Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich sein. Die Erwägung, daß infolge des Inhalts des Ostfriedens beide Staaten nach Beendigung des Krieges mit einer neuen Gefährdung des Weltfriedens zu rechnen haben, läßt die Regierungen ein Bündnis eingehen, dessen offenkundiger Zweck es ist, die imperialistischen Erobernisse der Friedensschlüsse im Osten für die Mittelmächte in Zukunft zu sichern. Der Zweck des Bündnisses ist die Fortsetzung jener Politik, die zu den Friedensschlüssen im Osten geführt hat und durch sie ihr Gepräge erhielt. So wenig es für grundsätzliche Gegner dieser Politik möglich war, sich mit ihnen abzufinden, so wenig können sie ein Bündnis guthießen, das diese Politik für die Zukunft festlegen soll.

Dieser politische Zweck soll erreicht werden durch eine Stärkung der militärischen Macht, die aus einer Militärkonvention zwischen Österreich und Deutschland hervorgehen soll, und der auch Rücksicht auf die Situation in Österreich der Name „Waffenbund“ beigelegt wird.

Schließlich soll der Bündnisvertrag eine Reihe wirtschaftlicher Abmachungen enthalten, so daß das Projekt „Mitteleuropa“ durch ihn verwirklicht werden würde. Ueber den wirtschaftlichen Teil läßt sich ohne Kenntnis der Einzelheiten noch nichts Bestimmtes sagen. Tendenzen, die auf einen wirtschaftlichen Abschluß beider Staaten nach außen hingen, sind ebenso verwerflich wie die auf Eroberungen ausgehenden Tendenzen, die im Ostfrieden zum Durchbruch gekommen sind.

Dieses Bündnis bedeutet die Fortsetzung der verderblichen imperialistischen Bündnispolitik aus der Zeit vor dem Kriege im vergrößerten Maßstab für die Zeit nach dem Kriege. Es eröffnet Ausblicke auf die Zeit, die einem Friedensschluß nach den Wünschen der Machtpolitiker folgen muß, wo, getrieben durch die Verbindung der einen Mächtegruppe, andre Mächtegruppen sich zusammenschließen, bis schließlich wieder die Welt in feindliche Lager gegliedert, einander drohend gegenübersteht. Wo ist da der Gedanke der Liga der Nationen, den Graf Czernin in seinen Reden so oft aufnahm? Es ist damit wie mit den Czerninschen Versicherungen, daß im Osten ein Frieden der Verständigung geschlossen werden solle. Statt des Verständigungsfriedens im Osten kam Brest-Litovsk, statt der Liga der Nationen das deutsch-österreichische Bündnis mit der Militärkonvention.

Dieses Bündnis ist in Österreich-Ungarn die erste Handlung des Ministeriums des Auswärtigen unter dem neuen Kurs. Baron Burian, der Nachfolger Czernins, nimmt mit Entschiedenheit den imperialistischen Kurs auf, in dem die deutsche Regierung unter Hertling ebenso wie unter seinen Vorgängern steuert. Eine solche imperialistische Bündnispolitik ist nur möglich unter der Ausschaltung der Demokratie. Es ist kein Zufall, daß Burian zugleich die reaktionären Tendenzen in Österreich-Ungarn vertritt. Dies Bündnis soll geschlossen werden zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung, über die Köpfe der Völker hinweg. Der Gedanke, dies Bündnis in den Verfassungen beider Staaten zu verankern, ist nicht zuletzt deswegen aufgegeben worden, weil dann auch die Volksvertretungen ein Mitbestimmungsrecht erhalten würden, und weil man über die Ansicht der Völker, namentlich in Österreich, über dies Bündnis gar nicht sicher ist.

Unverkennbar besteht in Österreich eine starke Stimmung gegen das politische Zusammenrücken mit Deutschland. Die Kreise, die entschiedene Gegner des österreichisch-ungarischen Staates in seiner jetzigen Gestalt sind, werden in diesem Bündnis das Mittel erblicken, das die Integrität der von ihnen bekämpften staatlichen Form des Zusammenlebens der Nationalitäten auf österreichisch-ungarischem Boden gewährleisten soll. Man wird in diesen Kreisen nicht nur die außenpolitische, sondern auch die innenpolitische Wirkung des Bündnisses und der Militärkonvention sehen und darin den Versuch erblicken, durch Einwirkungen außenpolitischer Natur die Stellung der deutsch-nationalen Parteien im Innern zu stärken. Sollte es ein Zufall sein, daß die Veröffentlichungen über das Bündnis in einem Zeitpunkt erfolgen, wo der österreichische Reichsrat trotz des Protestes der oppositionellen Parteien vertagt ist?

Dieses Bündnis steht im Zeichen des Ostfriedens im Osten. Soll es etwa dazu dienen, ähnliche Machtpläne nach andern Himmelsrichtungen hin zu verwirklichen?

Konsumvereine und Steuervorlagen.

In einer recht sonderbaren Weise wird in der letzten Nummer der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau Stellung in einem Artikel zu den vom Reichstag vorgelegten neuen Steuern genommen. Es heißt da:

Wir dürfen uns keiner Illusion hingeben: viel, wenn nicht das meiste des Vorge schlagenen, wird, wenn auch vielleicht in veränderter, gemilderter oder verschärfter Form, Gesetz werden. Das Bedürfnis des Reiches nach neuen Geldquellen muß eben, so oder so, befriedigt werden. Dieser alle Bedenken überwindende Zwang wird dazu führen, daß der Verbraucher auf mannigfaltige neue Weise zu den Staatslasten herangezogen wird. Denn er ist es, der schließlich den Beutel öffnen muß, um Verbau zu wie Verzehrssteuern aufzubringen. Wir lassen heute dahingestellt, ob man nicht den Interessen der Minderbemittelten durch anderweitige Gestaltung einzelner Vorlagen oder ihre Ersetzung

durch solche mit geeigneteren Steuerobjekten Rechnung tragen könnte. Geht den Fall, der Reichstag bewilligte der Regierung ihre Forderungen voll — was ergibt sich dann für den Konsumenten? Doch vor allem die Notwendigkeit, sich nach Möglichkeit gegen die Nachteile, die die Gesetze ihm bringen, zu schützen! Er kann die Lasten nicht abwälzen, im Gegenteil, er muß peinlich Obacht geben, daß nicht neben der reinen Steuerlast auf dem Wege, den die Steuerpflichtigen Dinge zu ihm zurücklegen, noch weitere Unkosten aufgeschlagen und ihm aufgebahrt werden, wie das bisher vor allem bei den Verbrauchssteuern stets der Fall war.

Der Verbraucher ist deshalb verpflichtet, mehr noch als bisher auf Ausschaltung des Verbrauch unndig belastender Zwischenglieder der Bedarfsdeckungswirtschaft zu drängen, mehr noch als bisher durch Organisation seines Verbrauchs und Verbilligung seines Bezugs die Summe der ihm auferlegten Lasten zu verringern, wenn er nicht Schaden an seiner Lebenshaltung nehmen will. Es wächst für ihn damit die Bedeutung und der Wert der Konsumvereine. Für die Gesetzgebung aber entsteht die gebieterische Pflicht, dieses letzte Mittel des Verbrauchers, die ihm neben der schwer fortdauernden erheblichen Belastung aller Lebensbedürfnisse drohenden Lasten erträglich zu machen, gegen alle Verhinderung und Beeinträchtigung unbedingte zu schützen. Es darf künftig nicht mehr vorkommen, daß man dem organisierten Verbraucher, der im Interesse der Allgemeinheit (!) alle die schweren Opfer für den Steuerfiskus bringen muß, auch noch obendrein seine gesundheitlichen Einkaufsverhältnisse durch schändliche Sonderbesteuerung der Konsumvereine raubt! Das mindeste, was die Verbraucher angeht, dieses überreichen Steuerfiskus zu ihrem notdürftigsten Schutz verhängen müssen, ist: Sofortige Beseitigung aller — in ihrer Wirkung als Sonder- und Doppelbesteuerung wirkenden — Konsumvereinssteuern!

Früher wurden in solchen Fällen die Interessen der Verbraucher an dieser Stelle denn doch noch etwas anders gewahrt. Da konnte man immerhin wenigstens Kampfanfragen und scharfen Widerspruch gegen derartige Steuerpläne feststellen. Aber ein Organ, das die Aufgabe der Wahrung der Interessen der Verbraucher ganz vornehmlich hat, stellt sich jetzt dem schlimmsten, was je einem Volke zugemutet wurde, mit diesem Fatalismus, mit einer Nachgiebigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber, die unbegreiflich genannt werden müßte, wenn man sie nicht aus der ganzen Stellung des Blattes zum Kriege herleiten könnte. „Alle Bedenken“ gegen diese Steuern müssen infolge des „Zwanges“ (!), den Verbraucher herauszuziehen, zurückgestellt werden. Nicht einmal die Andeutung, daß eine andre Art, dem Zwang zu begegnen, vom Standpunkt des Verbrauchers aus gesucht und gefunden werden müßte! Der Konsument wird eben „den Beutel öffnen“ und zahlen müssen! Das ist die Logik des Hamburger Konsumvereinsblattes. Den Gipfel der regierungs-kommissarischen Haltung erreicht es mit der Behauptung, daß diese ungeheuerliche Belastung „im Interesse der Allgemeinheit“ ausgerechnet von der Klasse der minderbemittelten Verbraucher getragen werden muß. Statt einem entschiedenen Proteste eine fast untertänige Bitte, daß man nun aber die Konsumvereine nicht auch noch mit Sondersteuern belasten möge und zu ihren Gunsten den Zwischenhandel mehr als bisher ausschalten müsse. Uns will es scheinen, als ob wir davon auch bisher schon manchmal etwas gehört hätten, zumal seit Jahrzehnten die heftigsten Kämpfe gegen Sonderbesteuerung der Konsumvereine geführt wurden und die Beseitigung des unnötigen Zwischenhandels sogar die programmatische Stellung der Konsumvereine war und sein muß, weil das ihrem ganzen Wesen entspricht. Jetzt aber werden diese Punkte als Kaufobjekt dafür angepriesen, daß die Verbraucher die neuen Steuern ruhig schlucken. — Ideller Bankrott!

Die Lage im Osten.

Zu den russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen.

Poslednja Nowosti melden: „Der Minister des Auswärtigen, Wassiljenko, erhielt ein Telegramm von Lenin mit der Mitteilung, daß die aus Kursk in Kiew eingetroffene russische Abordnung bevoollmächtigt sei, Friedensverhandlungen mit der ukrainischen Regierung zu eröffnen. Am 10. Mai fand unter Vorbehalt Wassiljenko eine Besprechung zwischen den Mitgliedern der russischen Delegation und den Vertretern des Ministeriums des Auswärtigen statt. In der Besprechung wurden die Grundzüge der bevorstehenden Friedenskonferenz zwischen der Ukraine und Rußland erörtert.“

Friedensverhandlungen in Batum.

Berlin, 15. Mai. Die Friedensverhandlungen von Batum haben bereits vor etwa 14 Tagen begonnen. Generalbevollmächtigter der deutschen Regierung ist General v. Kollow, der außerordentlich